

Prof. Dr. Thomas von der Vring

D-28215 Bremen, den 06.03.2013

Meissenerstr. 7

TEL: (+49)421-351557

FAX: (+49)421-373926

E-Mail: ThomasvonderVring@T-Online.de

Home: <http://www.tvdvring.de>

<http://www.tvdvring.eu>

Konjunkturprogramme ohne Staatsschulden – eine Alternative

Es ist in den letzten Jahren klar geworden: Einerseits ist die Sanierungen von einigen Staatshaushalten in Europa unverzichtbar. Andererseits hat diese Sanierung unter rezessiven Bedingungen kontraproduktive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Es klingt deshalb plausibel, parallel zu der Sanierung der Staatsfinanzen Maßnahmen zur Stützung von Wachstum und Beschäftigung zu ergreifen. Nur: Es fehlt dazu offensichtlich an wirksamen Konzepten. Das traditionelle keynesianische Konzepte, Wachstum und Beschäftigung mit zusätzlichen Staatsschulden zu finanzieren, eignen sich nicht als Mittel, um eine Staatsschuldenkrise zu bewältigen.

Warum ist das so? – Weil herkömmliche Konjunkturprogramme die Staatsschulden erhöhen. Zusätzliche Defizit-finanzierte Staatsausgaben von 1% des BIP haben in etwa folgende Wirkungen:

- Sie erhöhen unmittelbar das BIP um 1%.
- Über eine Multiplikatorwirkung von Folgeausgaben erhöhen sie das BIP zusätzlich. Innerhalb von wenigen Quartalen erhöht sich das BIP insgesamt um ungefähr 2%.
- Beides erhöht zugleich die Beschäftigung, wenn auch nicht im selben Maße.
- Zugleich erhöhen sich dadurch die **Staatseinnahmen**. Allerdings reichen diese Mehreinnahmen nicht aus, um das Defizit auszugleichen.
- Folglich wächst die **Staatschuld** um den Saldo von Mehrausgaben und Mehreinnahmen.
- **Wenn** im folgenden Jahr diese Zusatzausgaben wegfallen, dann verringern sich BIP und Beschäftigung im selben Maß wieder. Eine nachhaltige Kurbelwirkungen, von der so viel geredet wird, haben diese Ausgaben nicht. Aber die Schuldenerhöhung und die zusätzlichen Zinskosten bleiben.
- **Wenn dagegen** diese Staatsausgaben mehrere Jahre lang aufrecht erhalten werden, dann bleibt die im ersten Jahr erzielte Erhöhung von BIP und Beschäftigung bestehen, aber die Staatsschulden wachsen jedes Jahr, und mit ihnen die staatlichen Zinszahlungen.

Das ist der Grund, warum staatliche Konjunkturprogramme zu wachsenden Staatsschulden und zu einer wachsenden Zinslast des Staates führen und warum Ländern in einer Staatsschuldenkrise mit solchen herkömmlichen Konjunkturprogrammen nicht geholfen werden kann.

Aber es gibt eine Alternative: konditionierte Konjunkturprogramme ohne zusätzliche Staatsverschuldung.

Die ökonomische Logik von Konjunkturprogrammen ist einfach: **zusätzliche Ausgaben des Staates** erhöhen das BIP und die Beschäftigung. Zusätzlich bedeutet: **Das Geld zu ihrer Bezahlung vermindert nicht andere produktive Geldverwendungen in der Wirtschaft, sondern es stammt aus Krediten oder Ersparnissen.**

Die gleiche konjunkturelle Wirkung hat es, wenn der Staat Private durch finanzielle Anreize zu zusätzlichen Ausgaben veranlasst.

- Wenn Private, Bürgern oder Unternehmen, auf eigene Rechnung zusätzlich Geld ausgeben (finanziert aus Krediten oder Ersparnissen), dann erhöhen diese Ausgaben BIP und Beschäftigung in gleicher Weise wie staatliche Konjunkturprogramme. Aber: **die Privaten tragen die Kapitallasten.** Das werden sie tun, wenn es sich für sie lohnt.
- Zugleich erhöhen diese privaten Ausgaben die Staatseinnahmen über Steuern und Sozialabgaben.
- Diese zu erwartenden Mehreinnahmen kann der Staat den Bürgern und Unternehmen als Anreiz anbieten, damit sie zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben finanzieren.
- Die konkrete Umsetzung dieses Konzepts ist im Rahmen der spezifischen nationalen oder regionalen Gegebenheiten eine Frage der praktischen Phantasie. Es eignet sich auch für ökologische Projekte.

Beispiele:

- In Deutschland unterstützte die staatliche Bundesagentur für Arbeit in der Krise 2009/10 die **Kurzarbeit** von Arbeitnehmern. Die Zahl der Arbeitslosen stieg nur um 300.000, aber die Zahl der Kurzarbeiter um 1,4 Millionen. Nur 5 Mrd. € = 0,2% des BIP kostete das Kurzarbeitergeld den Staat. Das waren 3.600 € pro Beschäftigten im Jahr. Diese Zahlungen zogen als Hebelwirkung ein Mehrfaches von privaten Ausgaben nach sich, gefolgt von zusätzlichen öffentlichen Einnahmen. Die öffentlichen Schulden sind infolge dieser Finanzierung der Kurzarbeit weniger erhöht worden als ohne diese.
- 2009 erhielten in Deutschland Bürger 2.500 € wenn sie ein mindestens neun Jahre altes Auto stilllegten und gleichzeitig ein neues Auto kauften. Diese Abwrackprämie kostete den Staat 5 Mrd. € = 0,2% des BIP. Damit wurde der Kauf von 700 Tausend neuen Autos gefördert. Der durch die Abwrackprämie induzierte Umsatz machte ca. 14 Mrd. € aus. Dies entsprach 0,6% des BIP. Der Hebel dieses Anreizes betrug also fast das Dreifache. Allein die Mehrwertsteuer brachte dem Staat 2,7 Mrd. € Mehreinnahmen. Zusammen dürften über Steuern und Sozialabgaben wenigstens die gesamten Aufwendungen des Staates für die Abwrackprämie hereingekommen sein.
- Private Aufwendungen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und Energieerzeugung bieten ein großes Potential, das durch staatliche Förderungen mobilisiert werden kann.

Allerdings müssen folgende Bedingungen erfüllt werden, damit ein solches Programm funktioniert:

- Die geförderten Maßnahmen müssen die nationale bzw. regionale Produktion erhöhen, um wirksam zu sein.
- Das Programm muss zeitlich befristet sein. Seine Wirkungen sollen möglichst kurzfristig eintreten.
- Die Zusätzlichkeit der Maßnahmen muss unbedingt gewährleistet sein: sie müssen die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage tatsächlich erhöhen. Jedoch kann es auch sinnvoll sein, für die Zukunft geplante Ausgaben in die Gegenwart vorzuziehen.
- Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen muss belegt werden.
- Die Einhaltung aller Vorschriften betr. Steuern und Abgaben muss belegt werden.
- Die induzierten Staatseinnahmen müssen glaubhaft abschätzbar sein.
- Die staatlichen Förderbeträge dürfen die zu erwartenden Mehreinnahmen nicht übersteigen.

Wie kann man die zu erwartenden staatlichen Mehreinnahmen abschätzen?

- Ökonometrische Schätzungen sind nur für ein Land möglich, in dem die Steuereinnahmen längerfristig unveränderten Regeln folgen.
- Spezifische Folgeschätzungen der einzelnen Maßnahmen können glaubhafte Ergebnisse liefern.
- Wenigstens die anteiligen Mehrwertsteuerzahlungen als zusätzliche öffentliche Einnahmen können festgestellt werden.
- Das bedeutet: Eine Subvention von 20% des Ausgabenvolumens sollte ein beachtlicher Anreiz sein für zusätzliche private Ausgaben.
- Allein die Rückerstattung der Mehrwertsteuereinnahmen aus diesen Maßnahmen könnte eine simple Methode zur Umsetzung eines solchen Programms sein.